

## **Leitgedanken einer sozialdemokratischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

*Von Thomas Oppermann und Rainer Arnold*

**Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik ist dem Frieden verpflichtet.** Wir setzen auf Dialog statt auf Konfrontation, auf fairen Interessenausgleich und Verhandlungslösungen. Wir wollen Konflikte an ihren Ursachen bekämpfen und an einer gerechten und stabilen internationalen Ordnung mitwirken. Diese außenpolitische Konzeption bildet die Grundlage für sozialdemokratische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die wir in Kooperation mit unseren Bündnispartnern, im Rahmen der Europäischen Union und den Vereinten Nationen umsetzen werden.

Mit Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel hat das sozialdemokratisch geführte Außenministerium wohlüberlegt, engagiert und angemessen auf die **Umbrüche in der Welt und die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen reagiert.** Deutsche Außenpolitik ist in den vergangenen vier Jahren immer mehr in ihrer **Rolle als Mittler und Akteur bei Konfliktreduzierung und Konfliktlösungen** gefragt gewesen. Deutschlands Bereitschaft, außen- und sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen – und damit auch einen substantiellen Beitrag zur Sicherheit Deutschlands und seiner Partner zu leisten –, hat uns viel Respekt und Lob bei den Partnern eingebracht.

Die **Bundeswehr** ist ein **wesentliches Instrument unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik.** Sie dient dem Schutz der eigenen Bevölkerung vor äußeren Angriffen und vor Angriffen auf unsere Partner in der EU und NATO und trägt auch durch Auslandseinsätze und Ausbildungsmissionen zum Konfliktmanagement in internationalen Krisenherden bei. Sie hat sich als **Armee in der Demokratie und für die Demokratie** bewährt. Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und des Soldaten als Staatsbürger in Uniform ist Maßstab für den Dienst in der Bundeswehr und den Einsatz der Bundeswehr für Frieden und Freiheit weltweit.

Die Bundeswehrangehörigen erfüllen ihren Dienst im militärischen und zivilen Bereich **mit großem Engagement und verantwortungsvoll.** Dies gilt auch und in besonderer Weise für die über 3.400 Soldatinnen und Soldaten, die derzeit in verschiedenen Auslandsmissionen eingesetzt werden und einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung von Sicherheit sowohl für Deutschland, für das Bündnis als auch im internationalen Rahmen leisten. Die **Verhältnisse, unter denen sie ihre Aufgaben erfüllen mussten, haben sich jedoch seit über zehn Jahren zunehmend verschlechtert.** Statt unsere Streitkräfte den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen, haben die Unions-Verteidigungsminister zu Guttenberg, de Maizière und von der Leyen die Bundeswehrreform verstoßen und **das Verteidigungsministerium zu einer Karriereplattform für überambitionierte CDU-Politiker verkommen lassen.** Im Hauruckverfahren wurde von zu Guttenberg die Wehrpflicht ausgesetzt, ohne diesen Prozess politisch und organisatorisch vorzubereiten. Auch Thomas de Maizière hat diese Debatte nicht nachgeholt. Vielmehr hat er die Bundeswehr in der Gesamttiefe beibehalten und **konzeptlos zusammengestutzt, statt auf fachliche Spezialisierungen unserer Streitkräfte zu setzen.** Bis heute hat die Bundeswehr mit den hohlen Strukturen und der schlechten Ausstattung zu kämpfen, die durch dieses willkürliche Sparprogramm der Union entstanden sind. Unter der amtierenden Ministerin wurde Vieles, auch viel Richtiges, angekündigt und versprochen: Größere Attraktivität des Soldatenberufes, mehr Personal, bessere Ausrüstung. Die Bilanz ist ernüchternd: Die Beschaffungsverfahren dauern noch immer viel zu lang, die gesellschaftliche

Wertschätzung der Bundeswehr hat abgenommen und guter Nachwuchs ist angesichts der verstaubten Strukturen immer schwerer zu finden. Mit ihrer pauschalen Verurteilung, die Bundeswehr habe ein „Haltungsproblem“, hat Ursula von der Leyen **zur Inszenierung ihrer eigenen Person der gesamten Truppe öffentlich ihr Misstrauen ausgesprochen und die Bundeswehranhörigen diskreditiert**. Ihr Verhalten hat nicht nur das Vertrauen der Bundeswehr in die politische Führung, sondern auch das Ansehen unserer Soldatinnen und Soldaten in der Bevölkerung massiv beschädigt.

Wir Sozialdemokraten wissen: **Dies ist kein Umgang mit Menschen, die dazu bereit sind, für unsere Freiheit und unsere Demokratie ihr Leben zu geben!** Wir sprechen uns darum für ein Ende dieses selbstgerechten Führungsstils aus und fordern für die Zukunft eine **verantwortungsbewusste und nachhaltige Sicherheits- und Verteidigungspolitik** für Deutschland. Dabei gelten für uns folgende Leitlinien:

### **1. Wir wollen das Vertrauen der Bundeswehr in die politische Führung wiederherstellen**

Unsere Bundeswehr braucht eine **verlässliche und vorausschauende politische Führung**. Der Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt kommt eine herausragende Verantwortung sowohl für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland als auch gegenüber der Bundeswehr zu. Der Kollektivvorwurf von Haltungsproblemen der Truppe, flächendeckende Durchsuchungen von Kasernen und Maulkorberlasse haben das **Vertrauensverhältnis zwischen der Bundeswehr und der politischen Führung beschädigt**. Die Bundeswehr sieht sich zunehmend zum Gegenstand persönlicher Profilierungs- und Karriereplanung degradiert.

Keine Frage: Missstände und Fehlentwicklungen müssen offen angesprochen, aufgeklärt und beseitigt werden. Das Parlament muss hierüber informiert und individuelles Fehlverhalten sanktioniert werden. Es ist allerdings unverantwortlich, für das Fehlverhalten oder sogar Straftaten Einzelner die gesamte Bundeswehr über einen Kamm zu scheren und in **Mithaftung** zu nehmen.

Für eine Großorganisation wie die Bundeswehr kann **externe Expertise** hilfreich sein, um Schwachstellen zu identifizieren oder Abläufe zu verbessern. Die Leitung des BMVg hat den eigenen Fachleuten aber zu verstehen gegeben, dass man ihrer Expertise nicht mehr vertraut, als sie externe Berater für **dreistellige Millionensummen** engagierte, ohne dass dadurch ein erkennbar Mehrwert gewonnen wurde. Im Ergebnis verzögern sich zahlreiche wesentliche Modernisierungsprojekte der Bundeswehr. Leidtragende sind unsere Soldatinnen und Soldaten.

Die **Leistungsstruktur des BMVg** muss deshalb dringend professionalisiert werden, so dass die Bundeswehr die Leitungsentscheidungen wieder als fachlich begründet erkennen und annehmen kann. Es ist bezeichnend, dass die **politische Strategie im BMVg** zurzeit maßgeblich im **Presse- und Informationsstab** entworfen wird. Dies dient eher der politischen Karriereplanung aber nicht der Bundeswehr und der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Hier bedarf es einer radikalen Veränderung. Das BMVg benötigt dringend wieder einen **Planungsstab als Steuerungsinstrument**, in dem hochqualifizierte Soldaten und Zivilisten wie zu Zeiten von Helmut Schmidt oder Peter Struck gemeinsam strategische Entscheidungen für die politische Leitung des Ministeriums vorbereiten und hausinterne Vorlagen bewerten. Die Abschaffung des Planungsstabes war einer der großen Fehler der missglückten Bundeswehrreform von 2011.

Auch die Rolle des Parlamentes in der Leitung der Bundeswehr muss wieder gestärkt werden: Die Bundeswehr ist eine **Parlamentsarmee**, die der Kontrolle des Bundestages unterliegt. Nur durch einen konstitutiven Beschluss des Bundestages können unsere Streitkräfte in bewaffnete Auslandseinsätze entsandt werden. Das Parlament muss rechtzeitig und voll umfänglich in die Entwicklung der Bundeswehr eingebunden werden. Dazu wollen wir die Beteiligungsrechte des Bundestages mit einem **überarbeiteten Parlamentsbeteiligungsgesetz** stärken.

## **2. Damit die Bundeswehr ihren Anforderungen gerecht werden kann, wollen wir sie personell und materiell besser ausstatten**

Um den gestiegenen Anforderungen an die internationalen Kriseneinsätze, die Cyberabwehr und die Verteidigung der eigenen Bevölkerung gerecht zu werden, brauchen wir **moderne und leistungsfähige Streitkräfte**. Wir brauchen eine Bundeswehr, in der die besten Köpfe kluge Entscheidungen treffen und einsatzfähige Truppen auf Krisenfälle vorbereitet sind. Hierfür müssen wir die Bundeswehr personell und materiell besser ausstatten. Die Soldatinnen und Soldaten müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen die **bestmögliche Ausrüstung** zur Verfügung gestellt wird und die **Rahmenbedingungen** ihres Dienstes an die heutigen Standards angepasst werden. Sie selbst müssen **bestens ausgebildet** werden. Dafür notwendige Maßnahmen der **Nachwuchsgewinnung** und der dienstlichen Rahmenbedingungen sollen entsprechend umgesetzt werden. Dazu gehören die Schaffung einer eigenen Besoldungsordnung im Rahmen des Bundesbesoldungsgesetzes für Soldatinnen und Soldaten sowie die Weiterentwicklung des Status- und Laufbahnrechts.

Es steht außer Frage, dass die Bundeswehr hierfür mehr Geld bekommen muss. Nicht, um aufzurüsten, sondern um die durch eine **holprige Reformpolitik in der letzten Dekade verursachten Lücken zu schließen**. Die Aussetzung der Wehrpflicht und der Weg zur Freiwilligenarmee waren lang überfällig. Diese große Reformaufgabe wurde jedoch vom damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg innerhalb weniger Monate so überhastet durchgezogen, dass zu wenig Zeit blieb, alle Konsequenzen dieses Projektes zu durchdenken, das Vorhaben professionell zu organisieren und parlamentarisch gründlich zu beraten. Leistungsträger und Wissen gingen verloren, die operative Einsatzfähigkeit wurde zusammengespart und eine **Vision der Bundeswehr im 21. Jahrhundert nur unzureichend entwickelt**. Dies wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nun nachholen.

## **3. Wir brauchen eine stärkere europäische Zusammenarbeit**

Die **USA** sind und bleiben der **engste Partner Deutschlands außerhalb Europas** – dies gilt unabhängig davon, wer in den USA regiert. **Europa und die USA** sind auf engste Weise in einer Interessen- und Wertegemeinschaft **verbunden**, deren Fundament das Eintreten für Freiheit und Demokratie ist. In einer Zeit, in der diese Werte vielerorts unter Druck stehen und gefährdet sind, ist es umso wichtiger, diese **Partnerschaft** trotz mancher Widrigkeiten **zu wahren und zu stärken**. Die aktuellen Herausforderungen und die Unsicherheit in der Welt sind zu groß, als dass es sich die USA und Europa leisten könnten, nicht gemeinsam zu handeln. Syrien, Irak, Libyen, Ukraine, das Verhältnis zu Russland, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Gestaltung der künftigen globalen Wirtschafts- und Handelsordnung sind einige der Herausforderungen, bei denen es auf eine handlungsfähige transatlantische Partnerschaft ankommt. **Trotzdem schauen wir auch unabhängig von jüngsten Erfahrungen als Europäer zugleich selbstbewusst nach vorn**: Sicherheit und Frieden werden künftig stärker von uns selbst abhängen.

Wir wollen deshalb gemeinsam mit unseren EU-Partnern die **Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik** vorantreiben. Gemeinsam mit den EU-Mitgliedern, die unsere Ziele bereits heute teilen, wollen wir uns über die **Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion** verständigen. Die im Lissabon-Vertrag vorgesehene ständige Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schritt und ermöglicht schon jetzt konkrete Maßnahmen der engeren Kooperation und Arbeitsteilung auf dem Weg über eine Verteidigungsunion hin zu dem **langfristigen Ziel einer europäischen Armee**. Ein solcher Zusammenschluss versteht sich als Ergänzung zur NATO, in der immerhin 21 EU-Staaten Mitglied sind, nicht als deren Konkurrenz.

Wir wollen Synergieeffekte durch eine bessere Aufgabenteilung und ein effizienteres Beschaffungssystem erzielen: Derzeit kaufen 27 Armeen in Europa mit 27 Beschaffungsverfahren die gleichen Rüstungsgüter von verschiedenen Herstellern. Während die **USA** mit **30** unterschiedlichen **Waffensystemen** auskommen, leisten sich die **EU-Mitgliedsländer** insgesamt **178 verschiedene Waffensysteme** für ihre 27 Armeen! So kann Europa seine Sicherheit nicht vernünftig organisieren. Daher benötigen wir dringend eine strukturierte europäische Rüstungs- und Verteidigungskooperation, die die **knappen Ressourcen bündelt und effektiv einsetzt**.

Die **Europäische Kommission** hat in diesem Zusammenhang ein **Optionenpapier** veröffentlicht, dessen Ziel wir uneingeschränkt teilen: Weniger Doppelungen, mehr Gemeinsamkeit, weniger Diversität, mehr Effizienz. Das hätte sowohl einen erheblichen militärischen Mehrwert als auch einen finanziellen Vorteil: Schätzungen zufolge verursacht die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten jährlich Kosten in der Größenordnung zwischen 25 und 100 Mrd EUR. Diese Mittel sollten wir in Forschung und Technologie investieren, statt in die Aufrechterhaltung nationaler Parallelstrukturen.

#### **4. Die Nato ist und bleibt Garant unserer Sicherheit und muss in Anbetracht der internationalen Bedrohungen gut ausgestattet werden**

Die Nato bleibt die **zentrale Säule unserer Verteidigungspolitik**. Wir wissen: In einer Zeit neuer internationaler Herausforderungen und Unsicherheiten ist die **NATO als Garant für Frieden und Sicherheit unverzichtbar**.

In Anbetracht der internationalen Bedrohungen haben sich die NATO-Staaten darauf verständigt, den **Trend der sinkenden Verteidigungshaushalte umzukehren**, um die volle Einsatzbereitschaft der NATO-Truppen zu erreichen. Dieses Ziel teilen wir. Aus diesem Grund haben wir in diesem Jahr in einem ersten Schritt den Verteidigungsetat **um 2,7 Mrd. Euro erhöht**.

#### **5. Wir sind jedoch gegen eine Spirale der Aufrüstung. Deutschland soll keine militärische Weltmacht, sondern eine Friedensmacht der humanitären Hilfe sein.**

Die Steigerung der Verteidigungsausgaben muss mit Maß und Verstand erfolgen. Wir wenden uns entschieden gegen völlig unnötige und unrealistische Steigerungsraten des deutschen Verteidigungshaushaltes. Eine **apodiktische Festlegung** auf einen Anteil der jährlichen Ausgaben für die Bundeswehr von derzeit 1,2 Prozent auf **zwei Prozent** des Bruttoinlandsprodukts käme aber fast einer **Verdoppelung** unserer derzeitigen Ausgaben gleich und würde mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für die deutsche Rüstungs- und Verteidigungspolitik bedeuten. Deutschland wäre damit die **größte Militärmacht Europas**, weit vor den Atommächtigen Frankreich (55,7 Mrd €) und England (48,3 Mrd. €). **Das wird es mit der SPD nicht geben**. Nicht nur, weil dies eine völlige Überdimensionierung der Ausgaben wäre, sondern vor allem

auch, weil Sicherheit und Stabilität gerade nicht ausschließlich durch höhere Militärausgaben gewährleistet werden können.

**Wir setzen uns für einen umfassenderen sicherheitspolitischen Ansatz der NATO ein.** Aus gutem Grund haben sich darum die NATO-Staaten am 25. Mai 2017 darauf geeinigt, die Debatte um Etatzahlen in einen solchen **breiteren Ansatz einzubetten**.

Im Sinne eines **umfassenden Sicherheitsbegriffs** muss der Blick über das allein Militärische hinausreichen. Wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf gegen Hunger und Elend, gegen den Klimawandel und die Verbesserung der Lebensbedingungen in schlecht oder unterentwickelten Regionen sind letztlich die einzigen nachhaltig wirksamen Maßnahmen gegen Krieg, Bürgerkrieg und die ideologischen Verwirrungen des weltweiten Terrorismus. Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass zusätzliche Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch **eine Steigerung der Haushaltsmittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung** ergänzt werden. Statt pompöser Militärmacht wollen wir eine Friedensmacht sein und aus dieser Funktion heraus an notwendigen Missionen der UN mitwirken. Wir wollen lokale Polizei- und Sicherheitskräfte ausbilden, Behörden und Gerichte mitaufbauen und Entwicklungsländer von innen heraus wirtschaftlich stärken. Nur so kann nachhaltiger Frieden in den Krisenregionen dieser Welt einkehren.